ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Zucco, Aline; Özerdogan, Anil

Research Report

Verteilungsbericht 2021: Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht

WSI Report, No. 69

Provided in Cooperation with:
The Institute of Economic and Social Research (WSI), Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Zucco, Aline; Özerdogan, Anil (2021) : Verteilungsbericht 2021: Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht, WSI Report, No. 69, Hans-Böckler-Stiftung, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI), Düsseldorf

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/247649

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WSI
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Das WSI ist ein Institut der Hans-Böckler-Stiftung

REPORT

Nr. 69, November 2021

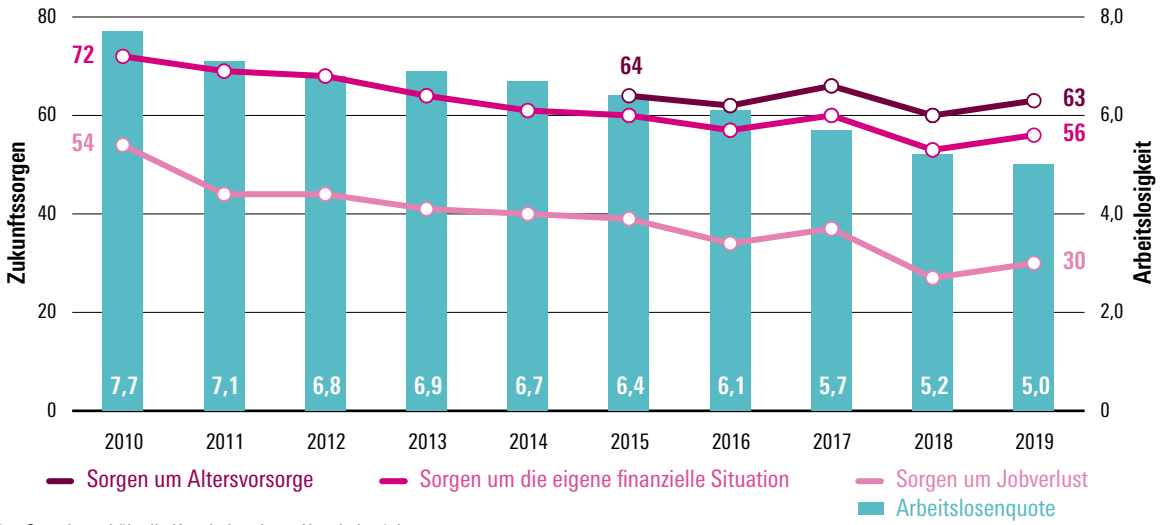
VERTEILUNGSBERICHT 2021

Die Einkommenssituation und Abstiegsängste der Mittelschicht

Aline Zucco und Anil Özerdogan

Die Einkommensungleichheit ist in den letzten Jahren leicht zurückgegangen, nicht zuletzt, weil vor allem die mittleren Einkommen seit 2014 stetig gestiegen sind. Was bedeutet das für die sogenannte Mittelschicht und deren Abstiegsängste, die in den letzten Jahrzehnten vielfach thematisiert worden sind? Der Verteilungsbericht zeigt, dass die positive konjunkturelle Entwicklung im letzten Jahrzehnt auch zu einer deutlichen Verringerung der ökonomischen Zukunftssorgen dieser Gruppe geführt hat. Deren ökonomische Stabilisierung und die damit verknüpfte Abnahme finanzieller und beruflicher Sorgen könnte aber durch die Covid-19-Krise gestoppt werden, weswegen es jetzt politischer Maßnahmen bedarf, die vor allem die stark von der Krise betroffenen Gruppen im Blick haben.

Zukunftssorgen und Arbeitslosigkeit der Mittelschicht
Anteil der Befragten mit Zukunftssorgen und Arbeitslosenquote, in Prozent



Das Sample enthält alle Haushalte, deren Haushaltseinkommen zwischen 70 % und 150 % des Medianeinkommens betragen.

Daten: SOEP, eigene Berechnungen; Statistisches Bundesamt

WSI

INHALT

1 Einleitung 3

2 Die Mittelschicht: Wie sie definiert wird und wer dazu zählt 4

3 Daten und Methode 6

3.1 Daten 6

3.2 Ungleichheitsindizes 7

3.3 Definitionen 7

4 Entwicklung der Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2018 8

5 Die Mittelschicht und ihre Sorgen zwischen 2010 und 2019 10

5.1 Sozialprofil der Mittelschicht 10

5.2 Sorgen und Ängste der Mittelschicht 12

6 Die Folgen der Covid-19-Krise auf das Einkommen 16

7 Fazit und Politische Implikationen 18

Glossar 21

AUTOR:INNEN

Dr. Aline Zucco
Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik
aline-zucco@boeckler.de

Anil Özerdogan
Praktikant am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Hans-Böckler-Stiftung
von Juli bis September 2021

1 EINLEITUNG

Die Frage der sozialen Ungleichheit wird im politischen Diskurs sowie in der Fachliteratur anhand diverser Kriterien diskutiert. Dabei geht es zum Beispiel um Fragen der Vermögenskonzentration und der sozialen Mobilität, den Zugang zu Bildung und nicht zuletzt auch um die Einkommensverteilung. Insbesondere Letztere spielt für Ungleichheitsdiskurse eine zentrale Rolle, denn die Höhe des Einkommens hängt wesentlich von Bildung und sozialer Mobilität ab und beeinflusst zugleich, ob und gegebenenfalls wie viel Vermögen über den Lebenslauf hinweg akkumuliert werden kann. Debatten zur Einkommensungleichheit fokussieren sich häufig auf die gegensätzlichen Ränder der Einkommensverteilung: Wer ist von Armut betroffen und wer von Reichtum? Seltener hingegen wird in diesem Kontext von jenen gesprochen, die weder arm noch reich sind, aber dennoch den überwiegenden Teil der Gesellschaft ausmachen – nämlich Personen in der Mitte der Einkommensverteilung, also die sogenannte Mittelschicht.

Was genau aber ist „die" Mittelschicht? In der Literatur wird der Begriff sehr uneinheitlich verwendet. Ein aktueller Forschungsbericht von Groh-Samberg et al. (2020) misst die Mittelschicht als ein Konstrukt aus Einkommen, Vermögen, Wohnen und Erwerbstätigkeit. Dieser Verteilungsbericht hingegen orientiert sich an der ökonomischen Konvention, die Mittelschicht am Medianeinkommen festzumachen. Demnach entspricht die Mittelschicht – gemäß der Definition des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) – allen Personen, deren Nettohaushaltsäquivalenzeinkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens liegt (Goebel et al. 2010).

Neben der Frage, wer zur Mittelschicht zählt, sind im gesellschaftlichen Diskurs vor allem die Ängste und Sorgen der Mittelschicht von großer Bedeutung. In der Literatur wird dabei immer wieder die Abstiegsangst als die zentrale Sorge der Mittelschicht thematisiert (z. B. Schöneck et al. 2011; Lengfeld/Hirschle 2009; Lengfeld/Ordemann 2017; Niehues 2018). Nicht zuletzt durch das Erstarken rechtspopulistischer Parteien, das eng mit steigenden Abstiegsängsten verbunden ist (Kohlrausch 2018), gewinnt das Thema auch aus demokratietheoretischer Sicht immer mehr an Brisanz. Abstiegsängste beschreiben die Angst vor sozialer Abwärtsmobilität (Kohlrausch 2018). Wenn, wie in der Literatur häufig vermutet, die Sorge vor dem sozialen Abstieg in erster Linie an die Angst vor Jobverlust gekoppelt ist, sollten sie stark mit der ökonomischen Entwicklung korrelieren, auch wenn empfundene Ängste nicht immer mit tatsächlichen Abstiegsbedrohungen einhergehen (ebd.). Da sich der deutsche Arbeitsmarkt in den Jahren vor der Covid-19-Krise deutlich erholt hatte und die Arbeitslosenzahlen auf einem Rekordtief waren, stellt sich die Frage, wie sich die Angst vor dem sozialen Abstieg, insbesondere aufgrund eines potenziellen Arbeitsplatzverlustes, im letzten Jahrzehnt entwickelt hat. Ist die Angst vor dem Jobverlust nach wie vor die große Sorge der Mittelschicht oder bedrücken sie mittlerweile andere, langfristigere Zukunftsängste? Diese Frage soll in diesem Bericht auf Basis der Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) für die Jahre 2010 bis 2019 beantwortet werden. Es wäre wünschenswert gewesen, in diesem Bericht die Lage während der Covid-19-Krise miteinzubeziehen, doch leider liegen die SOEP-Daten für diesen Zeitraum momentan noch nicht vor. Daher geht dieser Verteilungsbericht bei der Betrachtung der Lage der Mittelschicht auf Basis des SOEPs ausschließlich auf die Zeit vor der Krise bis 2019 ein. Für die Zeit der aktuellen Covid-19-Krise wird auf den kleineren, aber deutlich aktuelleren Datensatz der Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zurückgegriffen.

Dieser Bericht ist wie folgt gegliedert: Kapitel 2 beschreibt die verschiedenen Definitionen der Mittelschicht in der Literatur und Kapitel 3 die Datengrundlage und Methoden. Danach wird in Kapitel 4 die Ungleichheit der Einkommen zwischen 2010 und 2018 skizziert. Im Anschluss widmet sich Kapitel 5 der Mittelschicht, in dem die Fragen geklärt werden sollen, wer 2010 und 2018 zur Mittelschicht zählte und wie sich Sorgen und Ängste in dieser Zeit entwickelt haben. Um potenzielle Effekte der Covid-19-Krise auf die Mittelschicht, aber auch auf den oberen und unteren Rand der Einkommensverteilung zu erfassen, werden in Kapitel 6 die aktuellen Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung hinzugezogen. Abschließend werden die Ergebnisse in Kapitel 7 zusammengefasst und es wird diskutiert, mit welchen politischen Maßnahmen die Einkommensungleichheit der Mittelschicht langfristig abgebaut werden kann.

2 DIE MITTELSCHICHT: WIE SIE DEFINIERT WIRD UND WER DAZU ZÄHLT

Um die Situation der Mittelschicht beurteilen zu können, ist es in erster Linie hilfreich zu verstehen, welchen Anteil die Mittelschicht in der Gesamtbevölkerung ausmacht. Dieser Anteil wiederum hängt stark davon ab, wie die Mittelschicht definiert wird. So hat sich laut des vierten Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung (BMAS 2013) die Größe der Mittelschicht zwischen 1990 und 2013 nur minimal verändert. In einer anderen Untersuchung beobachtet Niehus (2017) hingegen seit 1991 leichte jährliche Schwankungen des Anteils der mittleren Einkommensgruppe an der Gesamtbevölkerung. Zur Mittelschicht werden in der Studie alle Haushalte gezählt, deren Einkommen mindestens 80 Prozent oder maximal 150 Prozent des Medians betragen. Ihre maximale Größe von 55 Prozent erreichte sie in den Jahren 1996 und 1997, ihr Minimum von 47 Prozent dagegen im Jahr 2013 (Niehues 2017). Eine Analyse des DIW, die weiter zurück reicht, und die Mittelschicht anhand vorsteuerlich bedarfsgewichteter Haushaltseinkommen definiert, und dabei die Grenzen bei 67 Prozent bzw. 200 Prozent des Medians setzt, zeigt allerdings Anzeichen für ein Schrumpfen der Mittelschicht. Im Zuge dessen nahm auch der Bevölkerungsanteil unter und oberhalb der Mitte um 1,5 bzw. 2 Prozentpunkte zu (Grabka et al. 2016).

Die Ursache für die abweichenden Werte liegt hauptsächlich an Unterschieden in der Definition der Mittelschicht. Zwar bestimmen alle oben genannten Analysen die Mittelschicht anhand der Distanz zum Medianeinkommen, verwenden aber unterschiedliche Grenzen und Einkommensdefinitionen.

Weitere Studien nutzen für die Definition der Mittelschicht neben den Einkommen eine breite Palette von Charakteristika. So fassen Groh-Samberg et al. (2020) die Gesamtlebenslagen (Vermögen, Wohnen und Erwerbstätigkeit) und Einkommenslagen zu sogenannten multidimensionalen Lagen zusammen. Dadurch können sie beobachten, dass von 1984 bis 2017 „die Entwicklung sozialer Lagen […] durch eine Polarisierung geprägt" (Groh-Samberg et al. 2020, S. 82) ist. Konkret ist diese Entwicklung im Rückgang der Mitte von 12 Prozentpunkten sichtbar, welche mit einem deutlichen Anstieg sowohl der ärmeren als auch der reicheren Lagen einhergeht. Auch im Ost-West Vergleich ist der allgemeine Trend ähnlich, allerdings ist der Anteil der ostdeutschen Bevölkerung, die sich in Lagen unterhalb der Mitte befindet, bedeutend höher als im Westen Deutschlands.

Eine weitere Möglichkeit, den Anteil der Mittelschicht an der Gesamtbevölkerung zu messen, ist die Selbsteinschätzung (Noll/Weick 2011). Dabei ist zu beobachten, dass sich, über verschiedene Gesellschaften hinweg, Menschen tendenziell selbst häufiger zur Mitte der Gesellschaft zählen (u. a. Evans/Kelly 2004). In der Folge führt das unter anderem dazu, dass die Befragten das Ausmaß der Einkommensungleichheit eher unterschätzen (Engelhardt/Wagener 2014). Auch unterschätzen ärmere Befragte, ab welchem Einkommen die Mittelschicht beginnt, wohingegen Wohlhabendere diese Grenze höher einstufen und somit überschätzen (OECD 2019). Auch deswegen behaupten ca. zwei Drittel der Menschen in OECD Staaten von sich, Teil der Mittelschicht zu sein (OECD 2019)[1]. Auffällig ist, dass sich seit 2008 immer mehr Menschen als Teil der Mittelschicht sehen. So zählten sich 2008 noch 51 Prozent der Deutschen zur Mittelschicht und 2014 schon 58 Prozent (Niehues 2017).

Die Unterschiede zwischen der auf Selbstidentifikation beruhenden und der nach Einkommen berechneten Einteilung in die Mittelschicht sind nicht nur auf die uneindeutige Einkommensdefinition, sondern zum Teil auf die subjektive (Fehl-)Einschätzung der eigenen sozio-ökonomischen Lage zurückzuführen (Evans/Kelly 2004). Evans und Kelly (2004) zufolge ist die Selbsteinordnung geprägt durch das eigene, oft recht homogene Umfeld.

Es ist also deutlich zu erkennen, dass die Selbsteinschätzung von den gängigen „objektiveren" Schichteinschätzungen abweicht. Für eine subjektive Einteilung spricht, dass Individuen selbst ihre Lage in der Gesellschaft in ihrer Komplexität wohl am besten beurteilen können. Dagegen spricht aber, dass die Selbsteinschätzung nicht nur auf eigenen Erfahrungen beruht, sondern häufig auch auf denen der Eltern. Somit lässt sich auf diesem Weg soziale Mobilität kaum messen. Zudem spielt hier das Thema des sozial erwünschten Antwortverhaltens eine Rolle, da Ärmere vermutlich nur ungern sich selbst und anderen gegenüber zugeben möchten, nicht zur Mitte zu gehören.

Anders hingegen ist es bei den objektiven Schichtparametern. Doch auch hier ist sich die Literatur uneinig darüber, wie sich Schichteinstufung richtig messen lässt. Neben dem Beruf und Wohnsituation ist es aber vor allem das Einkommen, das bestimmt, was man sich leisten kann und inwiefern man sich Sorgen um die eigene finanzielle Lage machen muss. Aus diesem Grund greift dieser Bericht auf eine einkommensbasierte Definition zurück und zählt – wie bereits erwähnt – alle Haushalte mit einem Einkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens zur Mittelschicht.

1 Es gibt zum Teil starke Unterschiede zwischen Ländern. So zählen sich 73 Prozent der Deutschen selbst zur Mittelschicht, nach der einkommensbasierten Definition (75 Prozent bis 200 Prozent des Medianeinkommens) sind es aber nur 65 Prozent. Nicht nur die Selbstwahrnehmung ist von Land zu Land unterschiedlich, sondern auch die Abweichung von der tatsächlichen Mittelschicht. Auffällig ist dabei, dass in vielen westeuropäischen und skandinavischen Ländern eine besonders hohe Selbstidentifikation mit der Mittelschicht zu beobachten ist (OECD 2019).

Mittelschichtdefinitionen

Einkommensbasierte Definitionen

Distanz vom Medianeinkommen
Die Orientierung am Median, der das Einkommen genau in der Mitte der Verteilung beschreibt und die Bevölkerung somit halbiert, ist die wohl gängigste Variante, die Mittelschicht zu definieren. Ähnlich wie bei der Armutsgrenze nimmt man einen prozentualen Wert, gemessen am Medianeinkommen, und bestimmt so die untere und obere Grenze dieser Gruppe. Dabei gibt es aber leichte Unterschiede bei der Definition: So schwankt die Untergrenze zwischen 60 Prozent (z. B. BMAS 2017) und 70 Prozent (z. B. Goebel et al. 2010) und die Obergrenze zwischen 150 Prozent (z. B. Goebel et al. 2010) und 200 Prozent (z. B. OECD 2019, BMAS 2017).

Der klare Vorteil an der Orientierung am Medianeinkommen ist die einfache Interpretation und die Möglichkeit, so zu prüfen, ob die Mittelschicht gewachsen oder geschrumpft ist. Da es sich allerdings hierbei um ein relatives Maß handelt, würde sich an der Mittelschicht nichts ändern, wenn die Einkommen aller gleichermaßen um ein Vielfaches erhöht oder verringert würden.

Quantilsmaße
Neben dem Median eignen sich auch andere Quantilsmaße wie Quintile, Dezile oder Perzentile, um die Mittelschicht einzugrenzen. Hierfür werden die Einkommen aufsteigend sortiert und in gleich große Gruppen unterteilt. Die Brookings Institution definiert beispielsweise die Mittelschicht als diejenigen Haushalte, deren Einkommen zwischen dem 20. bis 80. Perzentil der Einkommensverteilung liegen (Reeves/Sawhill 2020).

Ähnlich wie beim Median, haben die oben genannten Quantilsmaße den Vorteil, leicht interpretierbar zu sein und nicht so stark von Ausreißern beeinflusst zu werden. Allerdings beträgt der Anteil derjenigen, die zur Mittelschicht zählen, per Definition über die Zeit hinweg stets 60 Prozent, wenn man die Grenzen des Brookings Institution nutzt. Dadurch eignet sich diese Definition nicht, um zu analysieren, ob die Mittelschicht relativ zur Bevölkerung gewachsen oder geschrumpft ist (OECD 2019). Darüber hinaus handelt es sich hierbei auch um eine relative Mittelschichtseinteilung, weswegen sich an der Einteilung nichts ändert, wenn alle Einkommen gleichermaßen steigen oder sinken.

Wichtig ist außerdem, dass diese relativen Kategorisierungen keinen Vergleich zwischen Ländern erlauben, weil diese Einkommenskonzepte stets in Relation zu dem Wohlstandsniveau des jeweiligen Landes stehen. Wer in einem Industrieland auf Basis des Einkommens zur Mittelschicht zählt, gilt unter Umständen in einem ärmeren Land als reich (Kohlrausch et al. 2020). Darum nutzt man häufig bei der Untersuchung der Ungleichheitsentwicklung in Entwicklungsländern absolute, kaufkraftbereinigte Einkommensgrenzen, da diese sich international vergleichen lassen (Lopez-Calva/Ortiz-Juarez 2011).

Statusbasierte Definitionen

Beruf und Beschäftigung
Menschen definieren sich und andere häufig anhand ihres Berufs und speziell am Status, den dieser in der Gesellschaft hat. So beziehen ein:e Erzieher:in und ein:e Beschäftigte:r in Ver- und Entsorgungsberufe ein vergleichbares Gehalt, genießen aber einen unterschiedlichen gesellschaftlichen Stellenwert (Koebe et al. 2020). Deshalb eignen sich Berufe, um die Schichtzugehörigkeit einer Person zu definieren, wobei die Zuordnung von einem Beruf in eine bestimmte Schicht nicht trivial ist (Connelly et al. 2016). Häufig nutzt man dazu die International Standard Classification of Occupations der International Labour Organization (ILO), welche hierarchisch Berufe und Berufsgruppen grob in 10 Gruppen aufteilt. Unklar ist bei dieser Einteilung aber, wie Haushalte eingeteilt werden sollen, in denen die Haushaltsmitglieder unterschiedliche Berufe ausüben (ebd.).

Mittelschichtdefinitionen

Statusbasierte Definitionen

Soziale Klassenidentifikation
Neben objektiven Kriterien wird zum Teil in der Literatur auch auf eine subjektive Klassifizierung zurückgegriffen, also ob sich Personen selbst zur Mittelschicht zählen (Noll/Weick 2011). Diese subjektive Klassenzugehörigkeit hat den Vorteil, dass sie mehrere Dimensionen umfasst. Denn die Mittelschichtsdefinition unterscheidet sich zwischen den Individuen teilweise stark und ist meist an mehrere Faktoren gleichzeitig gekoppelt. Daher gibt es große Differenzen zwischen der subjektiven und der einkommensbasierten Mittelschichtseinteilung (OECD 2019). Ursache dafür ist unter anderem die Tatsache, dass viele Personen von ihrem eigenen, oftmals nicht sehr repräsentativen Umfeld, auf die Allgemeinheit schließen (Evans/Kelly 2004).

Konsum
Die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht bestimmt oft den jeweiligen Lebensstil, der häufig über den Konsum definiert wird. Daher könnten Konsumanalysen Aufschluss über die soziale Zugehörigkeit liefern. Konsum in diesem Kontext bezieht sich vorwiegend auf Investitionen in Immobilien, in Bildung und Gesundheit. Diese Investitionen sind Groh-Samberg (2014) zufolge essenziell und charakteristisch für die Mittelschicht, denn: „Zu den Mittelschichten gehört, wer genug hat, um mehr daraus machen zu können – und zu wenig, um nichts tun zu müssen“ (Groh-Samberg 2014, S. 223). Der Vorteil einer solchen Analyse liegt darin, dass kleinere und kurzweilige Einkommenseinbußen ausgeblendet werden können, wenn man davon ausgeht, dass viele Haushalte ihren Konsum langfristig planen. Schwierig bleibt es jedoch zu definieren, durch welche Art von Konsum und in welcher Höhe Personen zur Mittelschicht gehören.

3 DATEN UND METHODE

3.1 Daten

Für die in diesem Bericht durchgeführten Berechnungen wird auf das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) und die Erwerbspersonenbefragung der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zurückgegriffen. Letztere wurde während der noch anhaltenden Covid-19-Krise durchgeführt.

Das SOEP ist eine repräsentative Haushaltsbefragung des DIW, die seit 1984 regelmäßig einmal im Jahr durchgeführt wird. Dazu werden jährlich ca. 30.000 Personen in 15.000 Haushalten in Deutschland zu ihrer aktuellen Lebenslage befragt (DIW Berlin 2021). Anzumerken ist allerdings, dass die Wahrscheinlichkeit, an der Umfrage teilzunehmen, vom Einkommen bzw. Vermögen abhängt. Haushalte mit einem mittleren Einkommen sind eher bereit, an Umfragen wie dem SOEP teilzunehmen als Personen mit hohem Einkommen oder Vermögen (Unger et al. 2013), weshalb auch von einem „Mittelschichtsbias“ (ebd., S. 56) die Rede ist. Ähnlich verhält es sich mit Personen am unteren Ende der Einkommens- bzw. Vermögensverteilung, weswegen die Einkommensungleichheit auf Basis des SOEP eher unterschätzt wird. Da die Einkommen im SOEP retrospektiv abgefragt werden und sich die aktuelle Befragungswelle auf das Jahr 2019 bezieht, liegen die Informationen zum Einkommen lediglich bis einschließlich 2018 vor. Die Angaben zu den Abstiegsängsten hingegen beziehen sich auf das jeweilige Befragungsjahr.

Zur Analyse der Covid-19-Krise, die Anfang 2020 weltweit ihren Lauf nahm, wird deshalb auf die HBS-Erwerbspersonenbefragung zurückgegriffen. Diese beinhaltet zum jetzigen Zeitpunkt fünf Befragungswellen und erfasst die Haushalts- und Erwerbssituation von ungefähr 7.600 Erwerbspersonen ab 16 Jahren. An der fünften und letzten Befragung, die vom 29.06.2021 bis zum 13.07.2021 durchgeführt wurde, nahmen rund 5.000 Personen erneut teil. Die Stichprobe ist zwar im Hinblick auf die Merkmale Alter, Bildung, Geschlecht und Bundesland repräsentativ (WSI-Datenzentrum 2021; Emmler 2021), doch gelten auch hier dieselben Einschränkungen wie beim SOEP: Die Ränder der Haushaltseinkommen und Erwerbssituationen sind ggf. untererfasst. Zudem sollte einschränkend erwähnt werden, dass sich die HBS-Erwerbspersonenbefragung, anders als das SOEP, nicht auf die Gesamtbevölkerung, sondern nur auf Erwerb-

spersonen bezieht. Aufgrund der mehrfachen und zeitlich versetzten Erhebungswellen im Verlauf der Covid-19-Pandemie ist es aber möglich, ein umfassendes Bild über den Effekt der Covid-19-Krise zu erlangen. Dadurch lässt sich gut beobachten, wie die Erwerbssituation der Befragten im Laufe der Pandemie beeinflusst wurde und welche Personengruppen stärker betroffen waren.

3.2 Ungleichheitsindizes

Für die Bemessung und Interpretation des Ausmaßes der Einkommensungleichheit wird zunächst der Gini-Koeffizient herangezogen. Eine völlige Gleichverteilung der Einkommen in einer Gesellschaft zeichnet sich durch einen Gini-Wert von 0 aus. Im Gegensatz dazu beschreibt ein Wert von 1 eine maximale Ungleichheit. Bei vollkommener Gleichverteilung würden alle Personen also dasselbe Einkommen beziehen, wobei bei maximaler Ungleichheit eine Person das gesamte Einkommen erhalten würde. Da der Gini-Koeffizient auf Basis des SOEPs berechnet wird, neigt der Gini-Koeffizient aufgrund des Mittelstandsbias dazu, die Einkommensungleichheit zu unterschätzen (Kohlrausch et al. 2020). Konkret für den europäischen Binnenmarkt wird durch diesen Mittelschichtsbias der Gini-Koeffizient um ca. 7 Prozentpunkte unterschätzt (Hlasny 2017). Es ist daher empfehlenswert über den Gini-Koeffizienten hinaus auch andere Ungleichheitsmaße zu betrachten. Dazu werden Theil- und Palma-Index genutzt, die auf Quantilsmaßen beruhen und es ermöglichen, die Einkommensungleichheit an den Rändern besser zu messen (Kohlrausch et al. 2020). Beide fallen umso höher aus, je ungleicher die Einkommen in einer Gesellschaft verteilt sind. Während der Palma-Index den Einkommensanteil des obersten Dezils mit den unteren vier Dezilen vergleicht, bezieht der Theil-Index neben den Einkommensanteil auch die Gruppengröße mit ein (Cobham et al 2015; Conceicao/Ferreira 2000).

3.3 Definitionen

Einkommen

Das Haushaltseinkommen im SOEP entspricht dem Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstgenutzten Wohnraum. Gewichtet werden die Einkommen nach Preisen von 2015.

In der HBS-Erwerbspersonenbefragung hingegen werden die Haushaltseinkommen in Klassen erfasst. Falls keine Angabe zum Haushaltseinkommen vorhanden ist, wird auf das Individualeinkommen zurückgegriffen. Da die Einkommensangaben in Klassen vorliegen, werden die Mittelwerte der Einkommensklasse zur Berechnung genutzt. Bei der untersten Einkommenskategorie wird die obere Grenze und bei der obersten Einkommenskategorie die untere Grenze herangezogen

Anschließend wird in beiden Datensätzen das bedarfsgewichtete Haushalteinkommen berechnet. Hierfür erhält der Haushaltsvorstand das Gewicht von 1, jedes weitere Mitglied ab 14 Jahren das Gewicht von 0,5 und alle Mitglieder unter 14 Jahren das Gewicht von 0,3. Im Folgenden entspricht das Einkommen somit immer dem Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen.

Soziale Schichten und Abstiegsängste

Die Einteilung in die jeweilige soziale Schicht basiert auf dem Medianeinkommen. Demnach zählen alle Personen zur Mittelschicht deren Einkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens liegen. Alle Haushalte, deren Einkommen unter 70 Prozent des Medianeinkommens liegen, werden den einkommensschwachen und alle, deren Einkommen höher als 150 Prozent des Medianeinkommens ist, den einkommensstarken Haushalten zugeordnet.

Abstiegsängste werden in diesem Beitrag in zwei Dimensionen gemessen: Erstens als Angst vor Jobverlust – als unmittelbare Abstiegsangst. Als zweite Dimension wird auf eine mittelfristige bzw. eine längerfristige Abstiegsangst Bezug genommen, die als Sorge um die zukünftige eigene finanzielle Situation sowie die Sorge um die eigene Altersvorsorge operationalisiert wird.

4 ENTWICKLUNG DER EINKOMMENSUNGLEICHHEIT ZWISCHEN 2010 UND 2018

Die Frage, wie gleich die Einkommen in Deutschland verteilt sind, gehört zu den hitzigsten politischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte. Denn einerseits fällt die Einkommensungleichheit in Deutschland geringer aus als beispielsweise in den USA (Kohlrausch et al. 2020), andererseits ist die Ungleichheit seit der Wiedervereinigung deutlich gestiegen (Spannagel/Molitor 2019). Analysen zeigen, dass sich die Einkommensungleichheit seit 2005 auf einem deutlich höheren Niveau eingependelt hat als noch in den 1990er Jahren (z. B. Spannagel/Molitor 2019; Grabka 2021). Doch wie konstant war die Einkommensungleichheit im letzten Jahrzehnt? Dieses Kapitel soll diese Frage klären und aufzeigen, wie sich die Entwicklungen der letzten Jahre für die einzelnen Einkommensdezile unterschieden hat.

Zunächst wird hierfür der Gini-Koeffizient herangezogen. Wie in Abbildung 1 ersichtlich, ist die Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2013 deutlich angestiegen. Bis 2016 bleibt der Gini-Koeffizient auf dem hohen Niveau und sinkt seitdem wieder. Im Jahr 2018 lag der Gini-Koeffizient bei 0,290 und damit noch höher als im Jahr 2012.

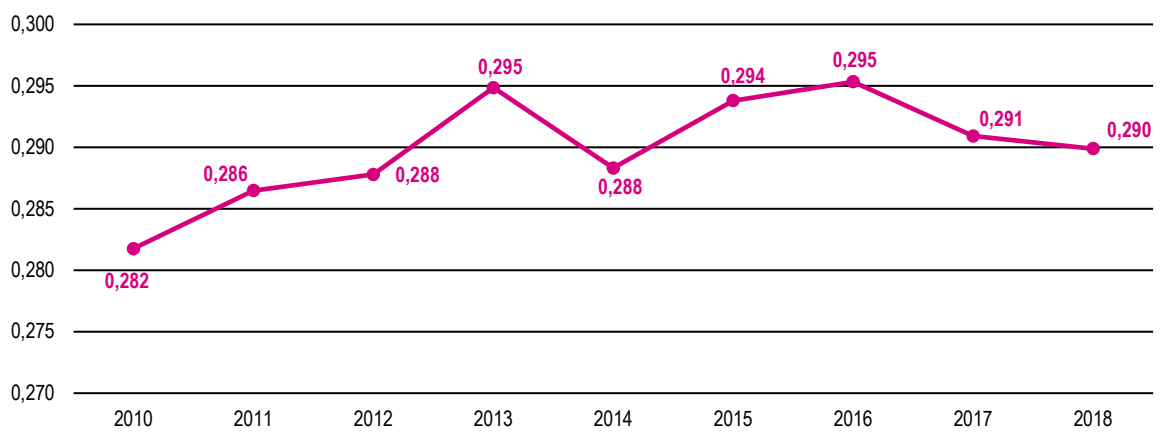
Der Gini-Koeffizient bietet bereits einen guten Überblick über die Entwicklung der Einkommensungleichheit. Dennoch sollte an dieser Stelle nochmals erwähnt werden, dass dieser Index dazu neigt, die Ungleichheit zu unterschätzen, da die mittleren Einkommen im Vergleich zu den Rändern überrepräsentiert sind. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, weitere Maße heranzuziehen, die die Gruppengröße (Theil-Index) oder die Einkommen an verschiedenen Punkten der Verteilung (Palma-Index) miteinander vergleichen.

Sowohl Palma- als auch Theil-Index deuten einen sehr ähnlichen Verlauf der Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2018 wie der Gini-Koeffizient an (Abbildung 2). Bis 2016 unterscheiden sich die Verläufe der beiden Indizes kaum, in den Jahren 2017 und 2018 entwickeln sich Palma- und Theil-Index leicht auseinander. Denn während der Theil-Index stagniert, fällt der Palma-Index leicht ab. Dieses leichte Absinken weist darauf hin, dass der Einkommensunterschied zwischen der ärmsten 40 Prozent zu den reichsten 10 Prozent leicht zurückgegangen ist. Dennoch bleibt der Einkommensanteil der Einkommensreichsten 10 Prozent im Jahr 2018 größer war als der der Einkommensärmsten 40 Prozent zusammen.

Für die genaue Betrachtung der Einkommensungleichheit zwischen 2010 und 2018 ist es zudem sinnvoll, die Entwicklung der einzelnen Dezile zu untersuchen (Abbildung 3). Tatsächlich wird dabei deutlich, dass die unteren Dezile in den Jahren 2017 und 2018 zwar aufholen konnten und ihre Einkommen in diesem Zeitraum stärker gewachsen sind als jene des obersten Dezils, dennoch haben die unteren Einkommensgruppen im letzten Jahrzehnt deutlich weniger vom Aufschwung profitiert als die oberen Einkommensgruppen: Während das reale Haushaltseinkommen des obersten Dezils 2018 10 Prozent über dem Wert von 2010 liegt, konnte das unterste Dezil im Jahr 2018 erstmals wieder das Niveau von 2010 erreichen.

Abbildung 1

Gini-Koeffizient der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010-2018

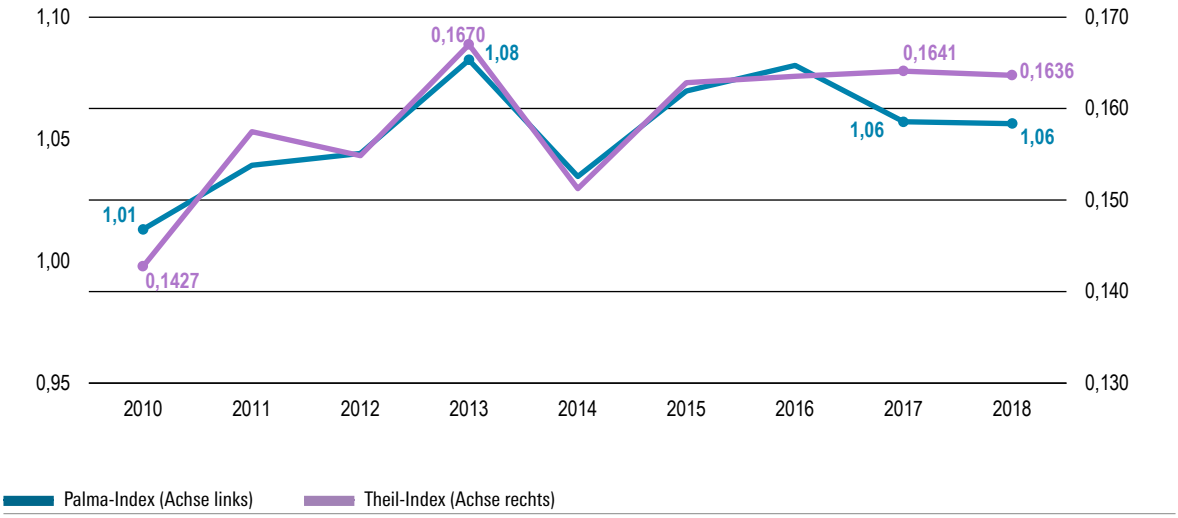


Quelle: SOEP v36; eigene Berechnung.

WSI

Abbildung 2

Palma- und Theil-Index der verfügbaren Haushaltseinkommen, 2010-2018

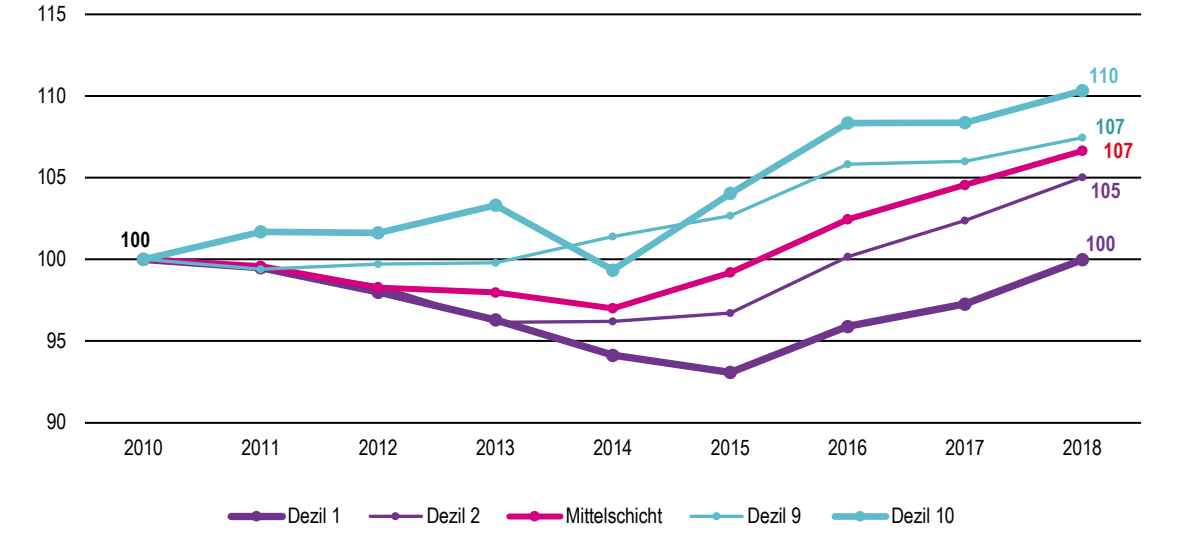


Quelle: SOEP v36; eigene Berechnung.

WSI

Abbildung 3

Mittelwerte der realverfügbaren äquivalenzgewichteten Nettohaushaltseinkommen für ausgewählte Einkommensdezile und die Mittelschicht, 2010–2018



Die Abbildung stellt die mittleren Einkommen des 1., 2., 9. Und 10. Dezils bzw. der Mittelschicht, also aller Personen deren Einkommen zwischen 70 Prozent bis 150 Prozent des Medianeinkommens liegen.

Quelle: SOEP v36, eigene Berechnung; gewichtete Werte.

WSI

Interessant ist zudem die Entwicklung der Mittelschicht[2], denn deren reale Einkommen steigen seit 2014 stetig an. Zuletzt liegt deren Wert um 7 Prozentpunkte über dem Wert von 2010. Somit ist der Rückgang der Einkommensungleichheit, auf den die jeweiligen Indizes hindeuten, auf die Verbesserung der Einkommenssituation der mittleren Einkommen zurückzuführen. Offen bleibt allerdings, wodurch diese Entwicklung begründet ist und ob sich dadurch an der „Abstiegsangst der Mittelschicht" etwas verändert hat. Diese Frage soll im nächsten Kapitel geklärt werden.

2 Die Mittelschicht umfasst Teile des 3. Einkommensdezils und das 4. bis 7. Einkommensdezil komplett. In den Jahren 2012, 2014 und 2015 schließt die Mittelschicht den überwiegenden Teil des 8. Dezils ein, und in den anderen Jahren umfasst es das 8. Dezil komplett und einen kleinen Teil des 9. Dezils.

5 DIE MITTELSCHICHT UND IHRE SORGEN ZWISCHEN 2010 UND 2019

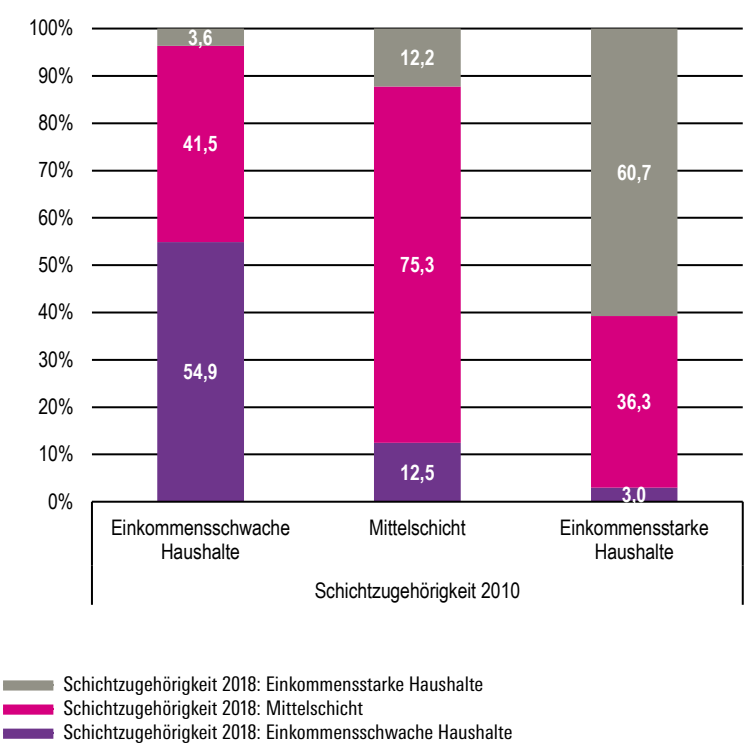
5.1 Sozialprofil der Mittelschicht

Die Befunde zeigen also, dass mit Blick auf die mittleren Einkommen die Ungleichheit seit 2014 leicht rückläufig ist. Grund dafür ist, dass die verfügbaren Einkommen der Einkommensmittelschicht gestiegen sind. Bisher unklar ist allerdings, ob tatsächlich die Einkommen derselben Gruppe gestiegen sind, oder ob sich die Gruppenzusammensetzung verändert hat, also ob 2018 andere Personen der Mittelschicht angehörten als 2010.

Eine Möglichkeit zu prüfen, ob es zwischen 2010 und 2018 Veränderungen gab, ist es, die Einkommenssituation der Personen, die heute der Mittelschicht angehören, mit ihrer Einkommenssituation von 2010 zu vergleichen. Dabei zeigt Abbildung 4, dass die Mehrheit (75 Prozent) der Personen, die 2010 der Mittelschicht angehörten, auch 2018 noch Teil der Mittelschicht waren. Auch die Auf- und Abstiege aus der Mittelschicht sind gleich verteilt:

Abbildung 4

Veränderung in der Mittelschichtzugehörigkeit zwischen 2010 und 2018
Anteile in Prozent



Quelle: SOEP v36, gewichtete Werte; Einkommenschwache Haushalte: <70 Prozent des Medianeinkommens Mittelschicht: 70 Prozent bis 150 Prozent des Medianeinkommens; Einkommensstarke Haushalte: >150 Prozent des Medianeinkommens.

WSI

Jeweils ein Achtel der Personen, die 2010 noch Teil der Mittelschicht waren, gehören 2018 den einkommensschwachen bzw. den einkommensstarken Haushalten an. Zum einen ist also eine relativ große Stabilität in der sozialen Mobilität zu beobachten, zum anderen verteilen sich die Veränderung gleichmäßig auf Ab- und Aufstiege.

Bemerkenswert ist außerdem, dass 41,5 Prozent der Personen, die 2010 noch den einkommensschwachen Haushalten zugerechnet wurden, 2018 der Mittelschicht angehören. Im Vergleich dazu haben nur ein gutes Drittel der Haushalte zwischen 2010 und 2018 einen Abstieg aus den einkommensstarken Haushalten in die Mittelschicht erfahren.

Um bestimmen zu können, inwieweit diese Verschiebungen auf eine veränderte Gruppenkomposition zurückzuführen sind, ist es sinnvoll, das jeweilige Sozialprofil der Mittelschicht 2010 und 2018 miteinander zu vergleichen.

Wie Tabelle 1 zeigt, sind durchaus Veränderungen in der Komposition der Mittelschicht zu beobachten. So nimmt der Anteil der Haushaltsvorstände mit Migrationshintergrund in der Mittelschicht zwar insgesamt zu, aber nicht im gleichen Umfang wie in der Gesamtbevölkerung. Die Aufnahme von Geflüchteten hat zum Anstieg des Anteils von Personen mit Migrationsbiographie beigetragen, diese Gruppe ist jedoch überproportional häufig in den einkommensschwachen Haushalten vertreten. So waren Personen mit direktem Migrationshintergrund (1. Generation) im Jahr 2010 in der Mittelschicht leicht unterrepräsentiert: Der Anteil der Haushaltsvorstände mit direktem Migrationshintergrund lag damals in der Gesamtbevölkerung bei 11 Prozent, in der Mittelschicht jedoch bei nur 10 Prozent. 2018 hingegen war der Anteil der Haushaltsvorstände in der Gesamtbevölkerung mit eigener Migrationserfahrung auf 15 Prozent gestiegen, in der Mittelschicht allerdings erreichte er nur 13 Prozent. Interessant ist aber auch die Veränderung hinsichtlich der Qualifikation: So ist der Anteil der Personen mit Fachhochschulreife/Abitur im Jahr 2018 im Vergleich zum Beginn des Jahrzehnts um sechs Prozentpunkte auf 31 Prozent gestiegen, während zeitgleich der Anteil der Personen mit Hauptschulabschluss um acht Prozentpunkte auf 34 Prozent gesunken ist. Parallel ist auch der Anteil an Akademiker:innen in der Mittelschicht von 19 Prozent im Jahr 2010 auf 23 Prozent im Jahr 2018 gestiegen. Dies ist aber weniger einer Verdrängung von Nicht-Akademiker:innen aus der Mittelschicht geschuldet als vielmehr der Bildungsexpansion. Denn auch in der Gesamtbevölkerung ist der Anteil der Personen mit (Fach-)Abitur bzw. mit Studium in diesem Zeitraum um sechs bzw. vier Prozentpunkte gestiegen. Nicht überraschend ist daher auch der starke Anstieg um zehn Prozent-

Sozialprofil der Mittelschicht in Deutschland 2010 und 2018
Angaben in Prozent

		2010		2018	
		Mittelschicht	Gesamt-bevölkerung	Mittelschicht	Gesamt-bevölkerung
Region	Ost	19	19	18	18
	West	81	81	82	82
Migrationsbiographie	kein Migrationshintergrund	87	86	83	80
	direkter Migrationshintergrund	10	11	13	15
	indirekter Migrationshintergrund	3	3	4	5
Haushalts-konstellation	Single	35	38	35	39
	Paar ohne unterhaltsberechtigte Kinder	35	34	36	34
	Alleinerziehende	2	3	1	2
	Paar mit Kind	14	12	15	13
	Sonstige	14	12	13	12
Erwerbsstatus	Selbstständig	5	7	5	6
	Beamte:r	3	4	4	4
	Angestellte:r (einfache Tätigkeit)	8	7	10	10
	Angestellte:r (komplexere Tätigkeit)	24	24	34	31
	Arbeiter:in	21	18	13	12
	Rentner:innen	36	35	33	32
	Arbeitslos	2	5	1	5
Schulabschluss	Kein Schulabschluss/ Hauptschule	42	40	34	34
	Realschule	34	31	35	32
	Fachhochschulreife/Abitur	25	29	31	35
Hochschulabschluss	Kein Uni-Abschluss	81	78	77	74
	Uni/FH	19	22	23	26
Stadt vs. Land	Land	32	31	36	33
	Stadt	68	69	64	67

Lesebeispiel:
42 Prozent der Mittelschichtshaushalte im Jahr 2010 hatten einen Haushaltsvorstand mit maximal einen Hauptschulabschluss, in der Gesamtbevölkerung waren es zu diesem Zeitpunkt 40 Prozent.

Quelle: SOEP v36, gewichtete Werte; eigene Berechnung. Die Soziodemographischen Angaben entsprechen dem Sozialprofil des Haushaltsvorstandes in den Jahren 2011 und 2019. Das Mittelschichtssample umfasst alle Haushalte, deren Einkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens entspricht.

WSI

punkte an Angestellten mit höheren Tätigkeiten in der Mittelschicht im Verlauf des letzten Jahrzehnts, zulasten der Arbeiter:innen, deren Anteil sich in diesem Zeitraum um acht Prozentpunkte reduzierte. In der Mittelschicht ist der Anteil an Angestellten mit komplexeren Tätigkeiten überproportional gestiegen.

Bei genauerem Hinsehen deutet sich an, dass sich die Mittelschicht im Verlauf des letzten Jahrzehnts vor allem hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus verändert hat. Denn 2018 waren deutlich mehr Personen mit Abitur, mit einem Universitätsabschluss und mehr Angestellte mit höheren Tätigkeiten Teil der Mittelschicht.

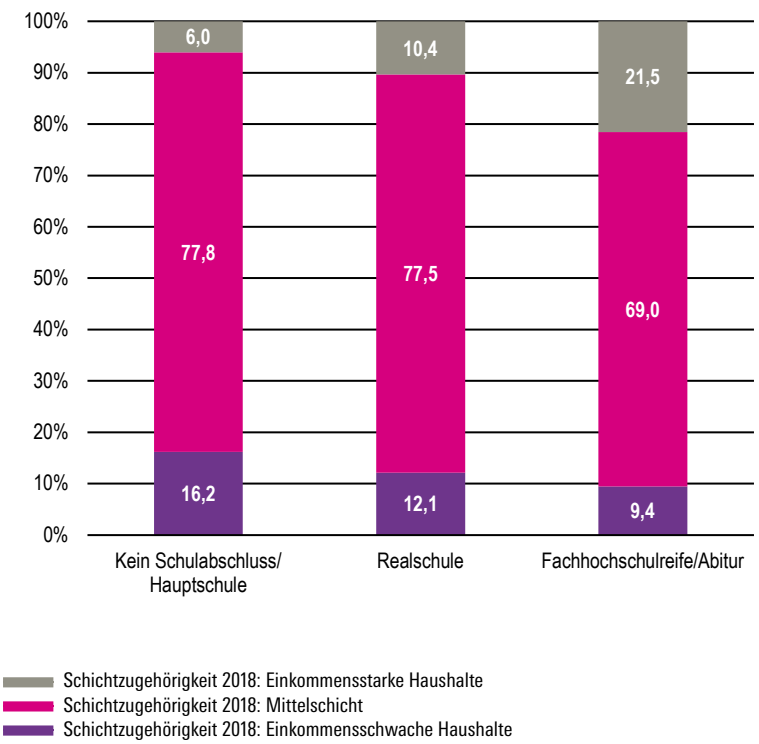
Vor diesem Hintergrund ist es lohnenswert, sich die Verteilung von Auf- und Abgestiegenen aus der Mittelschicht nach dem Bildungsabschluss anzusehen (Abbildung 5). Dabei verdichtet sich das Bild: Unter den Personen, die keinen Schulabschluss oder einen Hauptschulabschluss aufweisen, sind 16 Prozent seit 2010 aus der Mittelschicht zu den einkommensschwachen Haushalten abgestiegen und 6 Prozent zu den einkommensstarken Haushalten aufgestiegen. Im Vergleich: Von den Personen mit (Fach-)Hochschulreife haben lediglich 9 Prozent, die 2010 der Mittelschicht angehörten,

2018 ein Einkommen, das höchstens 70 Prozent des Medianeinkommen entspricht, womit nunmehr auch sie zu den einkommensschwachen Haushalten zählen. Umgekehrt aber sind 22 Prozent der Personen mit (Fach-)Hochschulreife 2018 Teil der einkommensstarken Haushalte. Aufstiege aus der Mittelschicht fanden also deutlich häufiger für Haushalte mit hohen Bildungsabschlüssen statt, während Abstiege aus der Mittelschicht besonders häufig Haushalte mit niedrigen Bildungsabschlüssen trafen.

Tatsächlich hat also mit rund 12 Prozent nur ein kleiner Teil der Bevölkerung zwischen 2010 und 2018 einen sozialen Abstieg aus der Mittelschicht erleben müssen. Ob sich dies jedoch auch in der subjektiv empfundenen Abstiegsangst äußert, ist nicht zwangsläufig gesagt. Daher soll im nächsten Schritt den Fragen nachgegangen werden, ob die Abstiegsangst tatsächlich noch die große Sorge der Mittelschicht ist oder ob es diesbezüglich Gruppenunterschiede gibt.

Abbildung 5

Soziale Mobilität derjenigen, die 2010 in der Mittelschicht waren, im Jahr 2018 nach Schulabschluss
Anteile in Prozent



Lesebeispiel: 6,0 Prozent der Haushalte, die 2010 noch in der Mittelschicht waren und bei denen der oder die Befragte (max.) einen Hauptschulabschluss hat, gehörten 2018 zu den einkommensstarken Haushalten

Quelle: SOEP v36, gewichtete Werte; eigene Berechnung; Sample schließt nur diejenigen ein, die 2010 in der Mittelschicht waren. Aufgestiegen zu den einkommensstarken Haushalten: 2018 ein Haushaltseinkommen von über 150 Prozent des Medianeinkommens; Mittelschicht: 2010 und 2018 in der Mittelschicht; Abgestiegen zu den einkommensschwachen Haushalten: 2018 ein Einkommen, das unter 70 Prozent des Medianeinkommens liegt.

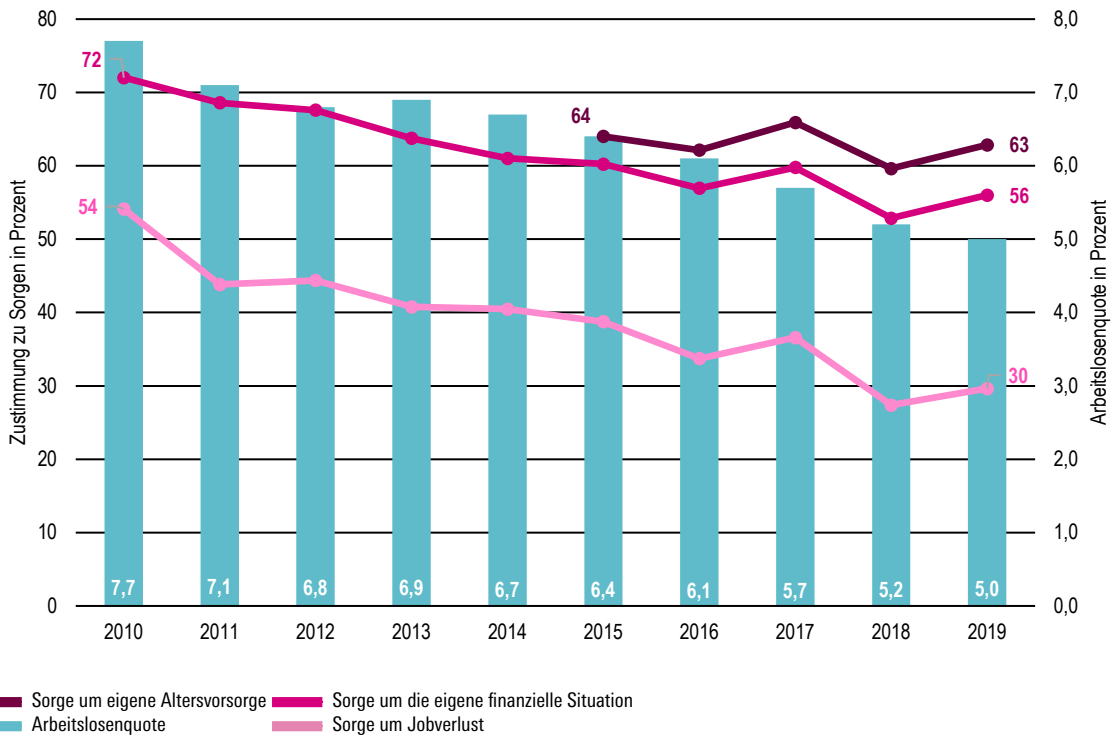
WSI

5.2 Sorgen und Ängste der Mittelschicht

Die Abstiegsangst der Mittelschicht lässt sich mittels einiger Indikatoren messen. Die wohl gängigste Methode, die Abstiegsangst zu erfassen, ist die Angst vor Jobverlust (z. B. Lengfeld 2019). Die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes ist somit eine unmittelbare, auf die nahe Zukunft gerichtete Angst. Allerdings weist Kohlrausch (2018) darauf hin, dass es zu einer Entkopplung von finanziellen Sorgen und der Sorge vor einem Jobverlust gekommen ist, weswegen es sinnvoll ist, zusätzlich die Sorge um die eigene finanzielle Situation und Altersvorsorge als langfristige Abstiegsangst miteinzubeziehen. Wie Abbildung 6 zeigt, nehmen all diese Indikatoren für die Abstiegsangst in der Mittelschicht seit 2010 stetig ab, befinden sich dabei aber auf einem sehr unterschiedlichen Niveau. Eine mögliche Erklärung für diesen Trend ist die ebenfalls abnehmende Arbeitslosenquote: Denn es ist davon auszugehen, dass ein geringeres allgemeines Arbeitslosigkeitsrisiko dazu führt, dass auch das eigene Risiko, arbeitslos zu werden, als gering eingeschätzt wird. Somit deutet dieser Zusammenhang darauf hin, dass die Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland seit der Finanzkrise auch zum Rückgang der Abstiegsangst der Mittelschicht führte. So sinkt vor allem die Angst vor Arbeitslosigkeit im Zeitraum von 2010 bis 2019 kontinuierlich um 24 Prozentpunkte auf ein sehr niedriges Niveau von 30 Prozent. Auch die Sorge um die finanzielle Situation hat sich in diesem Zeitraum reduziert. Allerdings ist der Rückgang um insgesamt 16 Prozentpunkte auf 56 Prozent deutlich moderater.

Diese beobachtbaren Unterschiede im Rückgang der Sorgen sind vor allem vor dem Hintergrund interessant, dass sich bereits 2010 mehr Personen um ihre eigene finanzielle Situation sorgten als um den Verlust ihres Arbeitsplatzes. Damit lagen die finanziellen Sorgen im Jahr 2019 nicht nur deutlich über den Sorgen vor dem Jobverlust, sondern die Differenz zwischen den beiden Sorgen nahm im Zeitverlauf auch zu. Das bedeutet, dass sich auch in der Mittelschicht trotz (subjektiv empfundener) Arbeitsplatzsicherheit viele Personen Sorgen um ihre finanzielle Situation machen und somit in einem Job arbeiten, der ihnen keine sicheren finanziellen Perspektiven garantiert. Dies wird besonders an dem sehr hohem Anteil von knapp zwei Dritteln der Befragten (63 Prozent) deutlich, die sich 2019 Sorgen um die eigene Altersvorsorge machten.

Sorge der Mittelschicht im Zeitverlauf
Zustimmung in Prozent



Quelle: SOEP v36, eigene Berechnung; Sample enthält alle Haushalte deren Haushaltseinkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens betragen; Statistisches Bundesamt (2021).

WSI

Betrachtet man, wie sich die Abstiegsängste zwischen den verschiedenen Gruppen im Verlauf des Jahrzehnts verändert haben, zeigt sich Folgendes (vgl. Tabelle 2[3]): Die Abstiegsangst ist – unabhängig davon, wie sie operationalisiert wird und wann sie erfragt wurde – bei Beamt:innen und Rentner:innen und Angestellten mit komplexeren Tätigkeiten weniger ausgeprägt als bei Arbeiter:innen, Arbeitslosen und Angestellten mit einfachen Tätigkeiten.

Weiterhin unterscheiden sich Männer und Frauen deutlich in ihren Sorgen. So haben Männer häufiger Sorge vor Jobverlust, was sich dadurch erklären lässt, dass Männer eine höhere Erwerbsquote haben als Frauen und tendenziell eher in Branchen tätig sind, die stärker von ökonomischen Schwankungen betroffen sind und daher in den meisten Wirtschaftskrisen ihren Job eher verlieren als Frauen (z. B. Alon et al. 2021).[4] Im Gegensatz dazu beschäftigt Frauen mehr die Sorge um die eigene finanzielle Situation in mittel- und langfristiger Perspektive und um die Altersvorsorge. Diese Sorge ist unter anderem darin begründet, dass Frauen im Schnitt längere Erwerbsunterbrechungen haben und häufiger in Teilzeit oder in einer geringfügigen Beschäftigung arbeiten und daher über ihren Lebensverlauf weniger in die Rentenkassen einzahlen können.

3 Die abhängigen Variablen in den jeweiligen Regressionsmodellen sind Dummyvariablen, die den Wert 1 annehmen, wenn sich die Personen einige oder große Sorgen machen und 0, wenn sie angeben, sich keine Sorgen zu machen. Personen ohne Angaben werden von der Analyse ausgeschlossen. Geschätzt wird ein logistisches Modell mit geclusterten Standardfehlern auf Personenebene, die Effekte werden als average marginal effects dargestellt. Es werden jeweils die Jahre 2010 bis 2012 bzw. 2017 bis 2019 gepooled. Da die Variable „Sorge vor Altersarmut" erst seit 2015 erhoben wird, werden in diesem Fall, die Jahre 2015 bis 2016 gepoolt. Unterschiede in den Fallzahlen rühren daher, dass Befragte aus dem Geflüchteten-Sample im SOEP nicht zu ihrer Sorge um Jobverlust und ihre Altersvorsorge befragt wurden.

4 Eine große Ausnahme war hierbei allerdings die Covid-19-Krise, in der Frauen ebenfalls stark von Arbeitsplatzverlusten und Kurzarbeit betroffen waren (z. B. Alon et al. 2021; Zucco/Lott 2021).

Aus diesem Grund erhalten Frauen im Schnitt eine deutlich geringere Rente als Männer und sind im Alter häufiger von Armut bedroht (Hobler et al. 2020). Diese Geschlechterunterschiede hinsichtlich der Ängste und Sorgen haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nicht geändert. Das bedeutet, dass Männer, trotz des allgemeinen Rückgangs der Abstiegsangst, häufiger kurzfristige Ängste um ihren Job haben und Frauen sich häufiger um ihre langfristige finanzielle Absicherung sorgen.

In Bezug auf die Haushaltstypen zeigen sich deutliche Unterschiede bei den langfristigen Abstiegssorgen, denn im Vergleich zu Single-Haushalten haben alle anderen Haushaltstypen signifikant mehr Sorgen um ihre mittel- und langfristige finanzielle Situation bzw. um ihre Altersvorsorge. Diese Gruppenunterschiede haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts nicht verändert. Die Sorge um einen potenziellen Jobverlust hingegen war zu Beginn der 2010er bei Paaren mit Kindern etwas geringer ausgeprägt als bei Singles, was wohl darauf zurückzuführen sein kann, dass diese Gruppen – falls es einen Sozialplan im Unternehmen gibt – bei Kündigungen privilegiert werden. Durch den allgemeinen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Verlauf des letzten Jahrzehnts verschwindet dieser Unterschied aber zwischen 2017 und 2019.

Interessant sind vor allem die Gruppenunterschiede hinsichtlich der Qualifikation: So wäre zu erwarten, dass vor allem bei Geringqualifizierten die Abstiegsangst auch am Ende des betrachteten Zeitraums (2019) noch deutlich zu spüren ist. Allerdings deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Gruppenunterschiede zum Beispiel bei der Sorge um Jobverlust zurückgehen. So hatten Personen mit Fachhochschulreife/Abitur zwischen 2010 und 2012 eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit, sich Sorgen um ihren Arbeitsplatzverlust zu machen als Geringqualifizierte. Zum Ende des Jahrzehnts sind diese Unterschiede nicht mehr signifikant, was der insgesamt entspannten Arbeitsmarktlage und der Nachfrage nach Arbeitskräften auf allen Qualifikationsniveaus am Ende dieses Jahrzehnts geschuldet sein dürfte. Unterschiede zeigen sich jedoch mit Blick auf eher langfristige Abstiegsängste: Zwischen 2017 und 2019 machten sich Akademiker:innen signifikant weniger Sorgen um ihre eigene finanzielle Situation bzw. um ihre eigene Altersvorsorge als Personen ohne Hochschulabschluss. Dieser Unterschied war zwischen 2010 und 2012 noch nicht sichtbar. Somit deuten die Ergebnisse an, dass die Qualifikation weniger mit den kurzfristigen, aber dafür stärker mit langfristigen Abstiegsängsten korreliert ist. Dies lässt sich so interpretieren, dass es zwar zunehmend gelungen ist, auch Geringqualifizierte in den Arbeitsmarkt zu integrieren, dies aber seltener als bei höher Qualifizierten mit der Perspektive einer langfristigen gesicherten finanziellen Absicherung verbunden ist.

Insgesamt lässt sich also beobachten, dass die Abstiegsängste in der Mittelschicht zurückgehen. Diese positive Botschaft wird allerdings dadurch getrübt, dass andersgelagerte Segmentierungen des Arbeitsmarktes noch deutlicher werden. Insbesondere Personen mit Migrationshintergrund machen sich am Ende der 2010er Jahre signifikant mehr Sorgen um Arbeitsplatzverlust als Personen ohne Migrationshintergrund.[5] Auch bei der Sorge um die eigene finanzielle Situation ist der Zusammenhang des (direkten) Migrationshintergrunds erst zwischen 2017 und 2019 beobachtbar. Die Tragweite des Migrationseffekts ist besonders im Regressionskontext ersichtlich, denn die jeweiligen Schätzungen kontrollieren neben der Migrationsbiografie auch auf Qualifikationsunterschiede. Das bedeutet, dass die dargestellten Unterschiede nicht darauf zurückgehen, dass Personen mit Migrationshintergrund häufig eine geringere Qualifikation aufweisen als Personen ohne Migrationshintergrund. Während die Unterschiede in den Abstiegsängsten zwischen Gering- und Hochqualifizierten eher abnehmen, wachsen die Ängste vor allem bei Personen mit Migrationsgeschichte. Interessanterweise haben Personen, die in einem Leih- oder Zeitarbeitsverhältnis beschäftigt sind, keine größeren Sorgen vor einer unzureichenden Altersvorsorge – und dies, obwohl ihr Einkommensniveau unterdurchschnittlich gering ist (Seils/Emmler 2020).

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die gute ökonomische Situation in Deutschland im Verlauf des letzten Jahrzehnts dazu geführt hat, dass sich nicht nur die Einkommenssituation der Mittelschicht verbessert hat, sondern auch ihre Sorgen und Ängste zurückgegangen sind. Dies betrifft vor allem die Angst vor einem Jobverlust, die sich deutlich reduziert hat. Gleichwohl geht die Sicherheit in Bezug auf die eigene Arbeitsmarktsituation für einen Teil der Angehörigen der Mittelschicht nicht mit dem Gefühl einher, mittel- und langfristig finanziell gut abgesichert zu sein. Die Sorgen um die eigene finanzielle Situation und die Altersvorsorge sind zwar rückläufig, betreffen aber auch in der Mittelschicht noch über die Hälfte der Befragten. Dies betrifft insbesondere gering qualifizierte Angehörige der Mittelschicht. Und obwohl gerade für Geringqualifizierte Arbeitsmarkt- und Einkommensrisiken nach wie vor vorhanden sind, unterscheiden sich hinsichtlich der Angst vor dem Jobverlust nicht mehr signifikant von Hochqualifizierten. Unterschiede bleiben jedoch im Hinblick auf finanzielle Sorgen und Sorgen um die Absicherung im Alter bestehen.

5 Vor dem Hintergrund, dass das Geflüchteten-Sample des SOEP nicht nach ihrer Sorge vor Jobverlust befragt wurde, ist davon auszugehen, dass der Effekt sogar tendenziell eher unterschätzt wird.

Dass Abstiegsängste mit Ausnahme der Angst um die Altersvorsorge tendenziell für alle Qualifikationsgruppen in den Hintergrund getreten sind, ist unter anderem auf die gute Arbeitsmarktlage zurückzuführen (Lengfeld 2019). Diese Situation hat sich aber durch die Covid-19-Krise drastisch verschlechtert und es ist daher im nächsten Schritt zu fragen, wie sich die aktuelle Krise auf die finanzielle Situation verschiedener Einkommensgruppen ausgewirkt hat. Denn angesichts der Tatsache, dass die Krise die Beschäftigten je nach Tätigkeit und familiärer Situation durchaus unterschiedlich getroffen hat, ist es für die weitere Analyse wichtig, auch Haushalte außerhalb der Mittelschicht im Blick zu haben. Hierfür nutzt der folgende Abschnitt die aktuellen Daten der HBS-Erwerbspersonenbefragung.

Tabelle 2

Determinanten der Sorge vor Jobverlust, Sorge um die eigene wirtschaftliche Situation und um die eigene Altersvorsorge
Ergebnisse logistischer Regressionen

	AV: Sorge vor Jobverlust		AV: Sorge um die eigene wirts. Situation		AV: Sorge um eigene Altersvorsorge	
	2010-2012 AME	2017-2019 AME	2010-2012 AME	2017-2019 AME	2015-2016 AME	2017-2019 AME
Erwerbsstatus (Ref: einfache:r Angestellte:r)						
Selbständiger	-0,016	-0,027	0,034	0,007	0,053 *	-0,011
Beamte:r	-0,401 ***	-0,301 ***	-0,223 ***	-0,277 ***	-0,206 ***	-0,290 ***
Arbeiter:in	0,051 ***	0,034 *	0,027	0,011	-0,001	0,000
Renter:in	-0,245 ***	-0,269 ***	-0,053 **	-0,107 ***	-0,149 ***	-0,199 ***
Arbeitslos	0,264 **	0,150	0,160 ***	0,124 ***	0,070 *	0,009
Angestellte:r (komplexere Tätigkeit)	-0,076 ***	-0,073 ***	-0,073 ***	-0,102 ***	-0,023	-0,048 ***
Frau	-0,025 **	-0,020 *	0,043 ***	0,065 ***	0,050 ***	0,059 ***
Haushaltstyp (Referenz: Single)						
Paar ohne unterhaltsberechtigte Kinder	-0,004	0,009	0,065 ***	0,054 ***	0,054 ***	0,053 ***
Alleinerziehende	0,025	0,045	0,097 ***	0,112 ***	0,078 *	0,098 ***
Paar mit Kind	-0,033 *	-0,008	0,061 ***	0,056 ***	0,060 ***	0,053 ***
Sonstige	0,000	-0,010	0,100 ***	0,052 ***	0,058 ***	0,060 ***
Hochschulabschluss	-0,002	0,010	-0,017	-0,028 *	-0,025	-0,027 *
Schulabschluss (Ref: Hauptschulabschluss oder kein Abschluss)						
Realschulabschluss	0,012	0,006	0,008	-0,007	-0,006	-0,014
Fachhochschulreife/Abitur	-0,047 ***	-0,024	-0,056 ***	-0,049 ***	-0,032 *	-0,029 *
Migrationshintergrund (Ref: kein Migrationshintergrund)						
direkter Migrationshintergrund	0,065 ***	0,105 ***	0,021	0,077 ***	0,003	0,020
indirekter Migrationshintergrund	0,030	0,046 **	0,025	0,022	-0,036	-0,024
Zeit- oder Leiharbeit	0,179 ***	0,228 ***	0,106 ***	0,089 *	0,049	0,021
Beobachtungen	14.527	13.629	21.681	19.723	12.339	19.667

Quelle: SOEP v36, eigene Berechnung; Sample enthält alle Haushalte, deren Haushaltseinkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens betragen; zusätzliche Kontrollvariablen: Alter, Stadt/Land, Miete/Eigentum; Effekte sind als average marginal effects dargestellt: Interpretation: <0 negativer und >0 positiver Zusammenhang zwischen erklärender Variable und der jeweiligen Sorge; *** p<0.001; ** p<0.01; *p<0.05.

6 DIE FOLGEN DER COVID-19-KRISE AUF DAS EINKOMMEN

Die ökonomischen Folgen der Covid-19-Krise wirkten sich auf alle Einkommensgruppen aus, wie Abbildung 7 zeigt: Am häufigsten hatten aber einkommensarme Haushalte Einkommenseinbußen zu verzeichnen: knapp zwei Drittel aller Personen, deren Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen vor der Covid-19-Krise unter 1.500 € lag, gaben mindestens zu einem Befragungszeitpunkt an, seit Krisenbeginn Einkommenseinbußen aufgrund der Covid-19-Krise erlitten zu haben. Aber auch am unteren Ende der Mittelschicht, die in der Befragung bei einem Einkommen von 1.500 € beginnt, sind viele Haushalte von Einkommenseinbußen betroffen: Unter den Befragten mit einem bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen von 1.500 € bis 2.000 € liegt der Anteil noch bei 54 Prozent. In den Einkommensgruppen über 2.000 € hatten hingegen weniger als die Hälfte der Befragten Einkommenseinbußen zu verzeichnen. Interessant ist hierbei auch, dass der Zusammenhang nicht linear ist. Viel mehr deutet sich an, dass vor allem die mittleren Einkommen eher verschont blieben.

Warum aber ist der Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und der Wahrscheinlichkeit Einbußen erfahren zu haben nicht linear? Aufschluss bietet hier die Betrachtung der Einkommenseinbußen nach Art der Erwerbstätigkeit: Nach Berechnungen von Schulze Buschoff und Emmler (2021) gaben Selbstständige im Juli 2021 mit 37 Prozent deutlich häufiger als abhängig Beschäftigte (21 Prozent) an, Einkommenseinbußen erlitten zu haben. Besonders stark waren Solo-Selbstständige betroffen, von denen 44 Prozent Einbußen erlitten. Der nicht-lineare Zusammenhang zwischen Einkommenseinbußen und Einkommenshöhe lässt sich somit (unter anderem) durch die Selbstständigen erklären, die in den oberen (aber auch in den unteren) Einkommensgruppen zu finden sind und vermehrt von der Krise getroffen waren (Schulze Buschoff/Emmler 2021; Grabka 2021). Denn bei Selbstständigen brachen Arbeitszeiten und somit auch Einkommen im Vergleich zu abhängig Beschäftigten drastisch ein (Grabka 2021; Schulze Buschoff/Emmler 2021). Gründe hierfür waren einerseits, dass gerade Selbstständige durch die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 ihre Erwerbstätigkeit zum Teil komplett einstellen mussten und andererseits, dass sie – anders als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte – nicht auf das Kurzarbeitergeld zurückgreifen konnten (Kohlrausch et al. 2020).

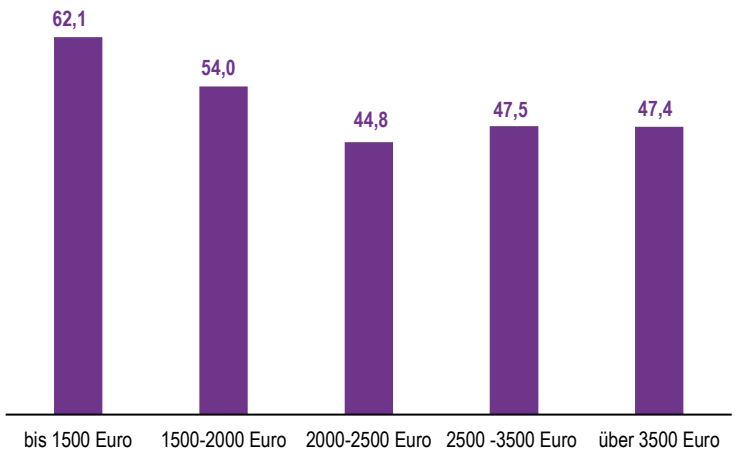
Neben Selbstständigen bekamen aber auch wie bereits erwähnt ärmere Haushalte die ökonomischen Folgen der Krise zu spüren (Abbildung 7). Denn gerade in den unteren Einkommensgruppen arbeiten viele Beschäftigte in einer atypischen Beschäftigungsform (Keller/Seifert 2008), die in Krisensituationen nur einen geringen Schutz vor Arbeitslosigkeit bietet. So verloren insbesondere geringfügig Beschäftigte zu Beginn der Krise ihren Job (Grabka et al. 2020; Zucco/Lott 2021). Ebenfalls zeigte sich, dass die Beschäftigung von Zeit- und Leiharbeitnehmer:innen sowie befristet Beschäftigten zu Beginn der Krise stärker einbrach als die anderer abhängig Erwerbstätiger (Hövermann/Kohlrausch 2020).

Insgesamt deuten die Befunde also darauf hin, dass Beschäftigte in Normalarbeitsverhältnissen die Krise aufgrund der gut funktionierenden Absicherungsmechanismen des deutschen Sozialversicherungssystems relativ gut überstanden. Beschäftigte, die vor der Krise nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, wie Selbstständige oder geringfügig Beschäftigte konnten das Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld nicht in Anspruch nehmen und waren somit deutlich häufiger von Einkommenseinbußen betroffen. Doch auch bei abhängig Beschäftigten führte die Kurzarbeit zu immensen Einkommenseinbrüchen – insbesondere bei Beschäftigten im Niedriglohnbereich (Kohlrausch et al. 2020).

Diese ungleichen Folgen der Covid-19-Krise haben aber nicht nur unmittelbare Effekte auf das Einkommen und die Erwerbstätigkeit, es sind auch deutliche Unterschiede in den Abstiegsängsten zwischen den Einkommensgruppen zu beobachten. So zeigt Abbildung 8, dass die Abstiegsängste bei einkommensschwachen Haushalten am stärksten und bei einkommensstarken Haushalten am schwächsten ausgeprägt sind.

Abbildung 7

Anteil der Befragten mit Einkommenseinbußen während der Covid-19-Krise nach bedarfsgewichteten Haushaltseinkommen vor der Krise
Zustimmung in Prozent



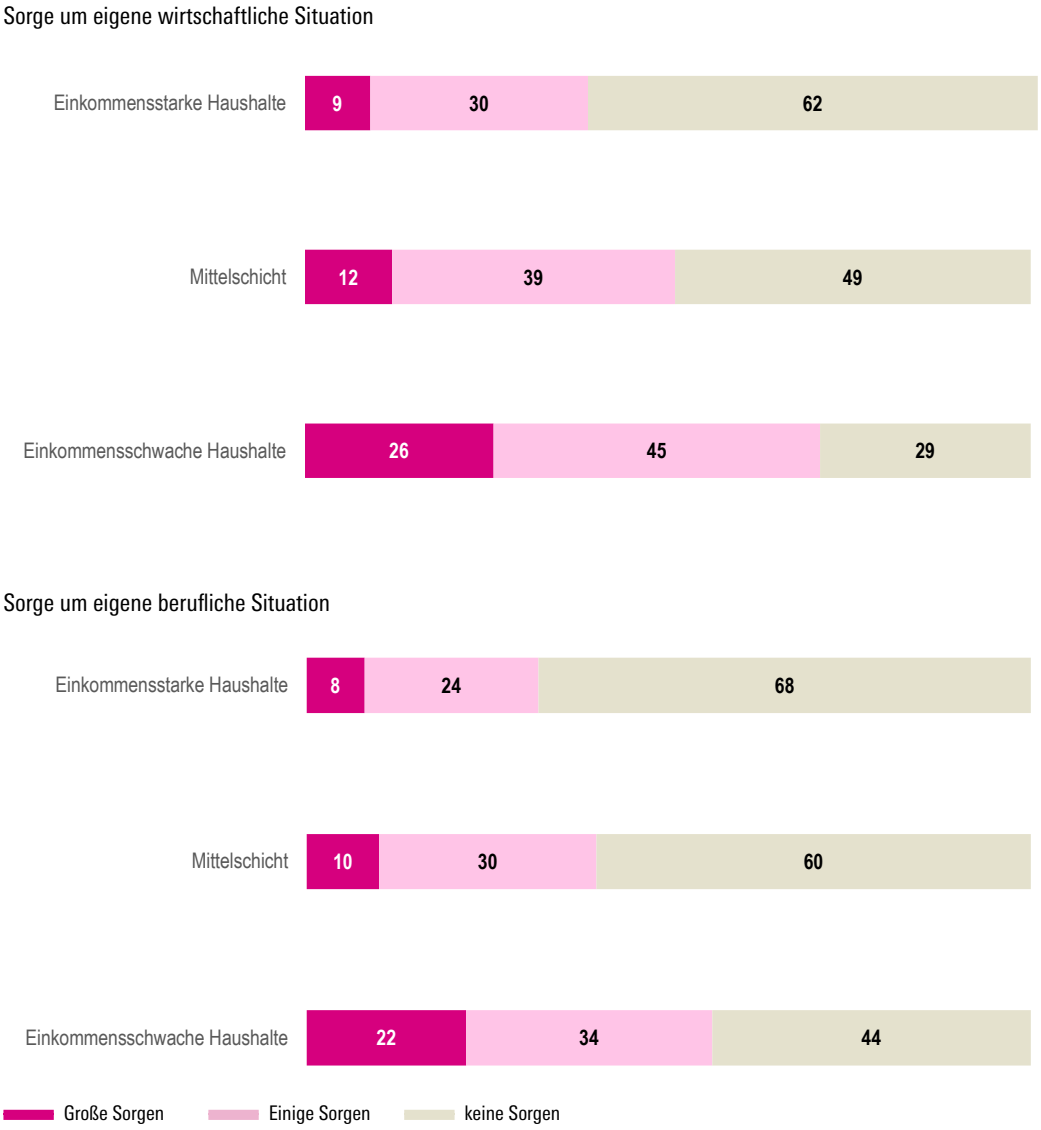
Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung. Gewichtete Werte; Sample schließt nur Personen aus dem Basis-Sample ein. Juli 2021, N= 3878.

WSI

Doch auch in der Mittelschicht sorgen sich gut die Hälfte der Befragten um die eigene finanzielle Situation und 40 Prozent um die eigene berufliche Zukunft. Natürlich erlauben die zugrunde liegenden unterschiedlichen Datensätze keinen unmittelbaren Vergleich zwischen den Abstiegsängsten und Zukunftssorgen vor und nach der Covid-19-Krise. Ein Befund schält sich allerdings als stabil heraus: Die langfristige Sorge um die finanzielle Situation beunruhigt die Befragten mehr als eine unmittelbare Sorge um die eigene berufliche Zukunft.

Abbildung 8

Sorgen um eigene wirtschaftliche und berufliche Zukunft nach Einkommensklasse
Zustimmung in Prozent



Quelle: HBS-Erwerbspersonenbefragung. Gewichtete Werte; Sample schließt nur Personen aus dem Basis-Sample ein. Juli 2021, N= 4269. Einkommensschwache Haushalte: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen <70 Prozent des Medianeinkommens; Mittelschicht: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen zwischen 70 Prozent und 150 Prozent des Medianeinkommens; Einkommensstarke Haushalte: bedarfsgewichtete Nettoeinkommen >150 Prozent des Medianeinkommens. Das Medianeinkommen liegt bei knapp 2200 Euro.

WSI

7 FAZIT UND POLITISCHE IMPLIKATIONEN

Die Einkommensungleichheit ist zum Ende des letzten Jahrzehnts leicht zurückgegangen. Das lag insbesondere daran, dass die Einkommen der Mittelschicht seit 2014 stetig angestiegen sind. Dieser Verteilungsbericht zeigt, dass diese Entwicklung auch einen positiven Effekt auf die Abstiegsängste der Mittelschicht hatte, denn diese haben sich im Verlauf des letzten Jahrzehnts deutlich abgemildert. Blickt man noch weiter zurück und vergleicht den heutigen Stand mit dem zu Beginn des Jahrtausends, ist der Trend insbesondere in Bezug auf die Angst vor dem Jobverlust noch deutlicher zu sehen: Denn 2005 hatten in etwa 65 Prozent der in Deutschland lebenden Personen Sorge vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes (Lengfeld 2019) und somit mehr als doppelt so viele als im Jahr 2019. Dieser Befund ist insbesondere angesichts der Nachwehen der Finanzkrise und der zunehmenden Globalisierung des Arbeitsmarktes im Verlauf der 2010er Jahre sehr erfreulich. Denn diese Entwicklung hätte auch zu einem internationalen Lohnunterbietungswettbewerb führen können. Tatsächlich aber sind die Einkommen der Mittelschicht gestiegen. Zeitgleich sank die Arbeitslosenquote, während der Anteil an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung stieg – und dies obwohl es 2015 zur Einführung des Mindestlohns kam.

Insgesamt zeichnet der Bericht somit zumindest für die Zeit vor der Covid-19-Krise einerseits ein positives Bild: Selbst in Zeiten internationaler Unsicherheiten und zunehmender Globalisierung schließen sich sinkende Arbeitslosenzahlen, verbesserte Arbeitsbedingungen und steigende Einkommen nicht aus. Andererseits sind trotz dieser positiven Entwicklung finanzielle Sorgen und vor allem auch Sorgen um die finanzielle Absicherung im Alter auch in der Mittelschicht weit verbreitet. Sie sind deutlich weiter verbreitet als die Angst vor einem Jobverlust. Insbesondere in Bezug auf die Altersabsicherung scheinen viele Menschen nicht mehr darauf zu vertrauen, dass die Altersvorsorge ausreichenden finanziellen Schutz gewährt.

Einschränkend sollte zudem erwähnt werden, dass dieser Bericht sich auf die Lage der Mittelschicht fokussiert; an den hervorstechenden Ungleichheiten zwischen dem oberen und unteren Ende der Einkommensverteilung hat sich in diesem Zeitraum kaum etwas geändert (Kohlrausch et al. 2020). Denn von der positiven Einkommensentwicklung konnten die unteren Einkommensgruppen kaum profitieren. Erst 2018 hatten die unteren Einkommensgruppen das gleiche Einkommen zur Verfügung wie 2010. Im Vergleich dazu stiegen die Einkommen aller anderen Einkommensgruppen deutlich an – insbesondere die des obersten Dezils.

Die Covid-19-Krise machte zudem zwei Erkenntnisse deutlich: Erstens, eine aktuell gute Arbeitsmarktlage ist kein Garant für die Zukunft – denn die Beschäftigungssituation kann sich schnell ändern, wie die Pandemie gezeigt hat. Und zweitens offenbarte die Krisensituation an vielen Stellen Stärken, aber auch Lücken des deutschen Sozialversicherungssystems. Diese betreffen im Wesentlichen all diejenigen, die nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind: Also Minijober:innen und Selbstständige.

Für dieses Jahrzehnt gilt es daher, einerseits die guten Arbeitsmarktbedingungen der letzten Jahre trotz der enormen Herausforderungen der anstehenden sozial-ökologischen Transformation zu erhalten und andererseits das Sozialversicherungssystem langfristig so umzugestalten, dass im Krisenfall alle darauf zurückgreifen können. Als Handlungsbedarfe zeichnen sich ab:

1 Eine aktive Industriepolitik, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten: Die Covid-19-Krise hat die Probleme eines global agierenden Marktes mit internationalen Lieferketten offenbart. Es ist daher davon auszugehen, dass es im Nachgang der Krise zu einer partiellen De-Globalisierung kommen könnte, während die Herausforderungen der Bekämpfung des Klimawandels gleichzeitig ansteigen werden. Somit bedarf es insbesondere für die Industriepolitik neuer Wege, um Arbeitsplätze in diesem Sektor langfristig zu erhalten. Dazu zählt einerseits die staatliche Bereitstellung von Infrastruktur und andererseits die Industriepolitik so zu gestalten, dass die Anreize für Innovationen in den Unternehmen maximiert werden (Dullien 2021).

2 Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und bessere tarifliche Absicherung: Die Befunde dieses Verteilungsberichts zeigen deutlich, dass sich die Einkommenssituation der Mittelschicht in den letzten Jahren deutlich verbessert hat. Das ist nicht zuletzt der Erfolg betrieblicher und gewerkschaftlicher Mitbestimmung. Beschäftigte in der Mittelschicht werden deutlich häufiger nach Tarif bezahlt als Beschäftigte im Niedriglohnsektor (Schulten/Müller 2020) und sie arbeiten häufiger in Betrieben mit Betriebs- oder Personalrat – zwei wichtige Faktoren für die positivere Entwicklung in der Mitte gegenüber dem unteren Bereich der Einkommensentwicklung. Dass Arbeitnehmer:innen in der Mittelschicht in weltwirtschaftlich auch schwierigen Zeiten solche Sicherheiten erfahren haben, hat sicher zu dem deutlichen Absinken der Abstiegsängste beitragen. Das zeigt, wie notwendig Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung sind, um auch langfristig ein ausreichendes Einkommen, Arbeitsplätze und gesellschaftliche Stabilität zu sichern.

3 Verringerung des Niedriglohnsektors durch Anhebung des Mindestlohns und Stärkung der Tarifbindung: Nicht minder wichtig ist es, vor allem auch Einkommen am unteren Ende der Verteilung zu sichern. Hierfür muss einerseits der Niedriglohnbereich durch eine schrittweise Anhebung des Mindestlohns auf 12 € abgebaut werden (Schulten 2020). Andererseits gilt es, die Tarifbindung auszubauen, damit sie auch Geringverdienende wieder stärker erreicht. Deswegen sollten hierfür das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung erleichtert und Tariftreuevorgaben bei öffentlichen Aufträgen gestärkt werden (Kohlrausch et al. 2020).

4 Soziale Absicherung für Selbstständige verbessern: Die Covid-19-Krise hat deutlich gezeigt, dass insbesondere Selbstständige schlecht gegen Arbeitslosigkeit abgesichert sind. Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, die Arbeitslosenversicherung auch für Selbstständige weiter zu öffnen. Langfristig sollten Selbstständige – wie abhängig Beschäftigte auch – obligatorisch in die Arbeitslosenversicherung einzahlen (Schulze Buschoff/Emmler 2021).

5 Anreize für die geringfüge Beschäftigung reduzieren und die (sozialversicherungspflichtige) Erwerbstätigkeit von Frauen fördern: Insbesondere geringfügig Beschäftigte haben im Verlauf der Krise häufig ihren Job verloren (z. B. Grabka et al. 2020) und erhielten zudem kein Kurzarbeitergeld. In diesem Kontext sollte vor allem diskutiert werden, dass das Ehegattensplitting zusammen mit der kostenlosen Mitversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für Arbeitsuchende Fehlanreize setzt, in Minijobs statt in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu gehen.

LITERATUR

Alon, T./ Coskun, S./ Doepke, M./ Koll, D./ Tertilt, M. (2021): From Mancession to Shecession: Women's Employment in Regular and Pandemic Recessions. National Bureau of Economic Research, Working Paper 28632.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales [BMAS] (2013): Lebenslagen in Deutschland: Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales [BMAS] (2017): Lebenslagen in Deutschland: Der fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Cobham, A./ Schlögl, L./ Sumner, A. (2015): Inequality and the Tails: The Palma Proposition and Ratio Revisited. United Nations DESA Working Paper Nr. 143.

Conceicao, P./ Ferreira, P. (2000): The young person's guide to the Theil Index: Suggesting intuitive interpretations and exploring analytical applications: University of Texas inequality Project (UtiP), UtiP Working Paper Nr. 14.

Connelly, R./ Gayle, V./ Lambert P.S. (2016): A Review of occupation-based social classifications for social survey research. Methodological Innovations, Vol. 9, S. 1-14

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung [DIW Berlin] (2021): Glossar: Sozioökonomisches Panel SOEP https://www.diw.de/de/diw_01.c.412809.de/presse/glossar/sozio_oekonomisches_panel_soep.html

Dullien, S. (2021): Nach der Corona-Krise: Die nächste Phase der (De-)Globalisierung und die Rolle der Industriepolitik, MK Policy Brief Nr. 100, Düsseldorf.

Emmler, H. (2021): HBS-Erwerbspersonenbefragung, Welle V: Fragebogen und Codebuch. WSI-Datenreport 05/2021, Düsseldorf.

Engelhardt, C./ Wagener, A. (2014): Biased Perceptions of Income Inequality and Redistribution. CESifo Working Paper Nr. 4838.

Evans, M.D.R / Kelly J. (2004): Subjective Social Location: Data From 21 Nations. International Journal of Public Opinion Research, Vol. 16, Issue 1, S. 3-38.

Goebel, J./ Gornig, M./ Häußermann, H. (2010): Polarisierung der Einkommen: die Mittelschicht verliert. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), DIW Wochenbericht, Nr. 24, S. 2-8, Berlin.

Grabka, M. M. (2021): Einkommensungleichheit stagniert langfristig, sinkt aber während der Corona-Pandemie leicht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), DIW Wochenbericht, Nr. 18, S. 308-316, Berlin.

Grabka, M.M./ Braband, C./ Göbler, K. (2020): Beschäftigte in Minijobs sind VerliererInnen der coronabedingten Rezession. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), DIW Wochenbericht, Nr. 45, S. 841-874, Berlin.

Grabka, M./ Goebel, J./ Schröder C./ Schupp J. (2016): Schrumpfender Anteil an BezieherInnen mittlerer Einkommen in den USA und Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), DIW Wochenbericht, Nr. 18, S. 391-402, Berlin.

Groh-Samberg, O./ Mau, S./ Schimank, U. (2014). Investieren in den Status: Der voraussetzungsvolle Lebensführungsmodus der Mittelschichten. Leviathan, Vol. 42, Issue 2, S. 219-248.

Groh-Samberg, O./ Büchler, T./ Gerlitz, J.-Y (2020): Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittbetrachtung. SOCIUM Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik. Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Hobler, D./ Lott, Y./ Pfahl, S./ Schulze Buschoff, K. (2020): Stand der Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report, Nr 56, Februar 2020, Düsseldorf.

Hövermann, A./ Kohlrausch B. (2020): Soziale Ungleichheit und Einkommenseinbußen in der Corona-Krise – Befunde einer Erwerbstätigenbefragung. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Mitteilung Jg. 73, Juni 2020, Düsseldorf.

Hlasny, V. (2017): Unit Nonresponse Bias in Inequality Measurement: Worldwide Analysis Using Luxembourg Income Study Database. Social Science Quarterly, 2020, Forthcoming.

Keller, B./ Seifert, H. (2008). Atypische Beschäftigungsverhältnisse: Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), Die Natur der Gesellschaft: Verhandlungen des 33. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Kassel 2006. Campus Verl., Teilbd. 1 u. 2, S. 4390-4405, Frankfurt am Main.

Koebe, J./ Samtleben, C./ Schrenker, A./ Zucco, A. (2020): Systemrelevant, aber dennoch kaum anerkannt: Entlohnung unverzichtbarer Berufe in der Corona-Krise unterdurchschnittlich. DIW Aktuell 48, Berlin.

Kohlrausch, B. (2018): Abstiegsängste in Deutschland: Ausmaß und Ursachen in Zeiten des erstarkenden Rechtspopulismus. Hans-Böckler-Stiftung, Working Paper Forschungsförderung, Nr. 058, Düsseldorf.

Kohlrausch, B./ Zucco, A./ Hövermann, A. (2020): Verteilungsbericht 2020: Die Einkommensungleichheit wird durch die Corona-Krise noch weiter verstärkt. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 62, November 2020, Düsseldorf.

Lengfeld, H. (2019). Abstiegsangst in Deutschland auf historischem Tiefstand: Ergebnisse der Auswertung des Sozioökonomischen Panels 1991–2016. In Lübke, C. & Delhey J. (Hrsg.), Diagnose Angstgesellschaft?: Was wir wirklich über die Gefühlslage der Menschen wissen. transcript Verlag, S. 59-76, Bielefeld.

Lengfeld, H./ Hirschle, J. (2009): Die Angst der Mittelschicht vor dem sozialen Abstieg. Eine Längsschnittanalyse 1984 – 2007. Böckler Impuls 19.

Lengfeld, H./ Ordemann, J. (2017): Der Fall der Abstiegsangst, oder: Die Mittelschicht als sensibles Zentrum der Gesellschaft. Eine Trendanalyse 1984-2014. Zeitschrift für Soziologie, Vol. 46, Nr. 3. S. 167-184.

Lopez-Calva, L.F./ Ortiz-Juarez, E. (2011): A Vulnerability Approach to the Definition of the Middle Class. Policy Research Working Paper 5920. The World Bank, Latin America and the Caribbean Region.

Niehues, J. (2017): Die Mittelschicht in Deutschland: Vielschichtig und stabil. Institut der deutschen Wirtschaft (IW), IW-Trends -Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, Vol. 44, Issue 1, S. 3-20, Köln.

Niehues, J. (2018): Deutschlands Mittelschicht in Abstiegsangst? Eine Betrachtung aus ökonomischer Perspektive. Die Mitte als Kampfzone: Wertorientierungen und Abgrenzungspraktiken der Mittelschichten, transcript Verlag, S. 53-68, Bielefeld.

Noll, H.-H./ Weick, S. (2011): Schichtzugehörigkeit nicht nur vom Einkommen bestimmen: Analysen zur subjektiven Schichteinstufung in Deutschland. Informationsdienst Soziale Indikatoren, 45, S. 1-7.

OECD (2019): Under Pressure: The Squeezed Middle Class, OECD Publishing, Paris. https://doi.org/10.1787/689afed1-en

Reeves, R.V./ Sawhill I.V. (2020): Introduction – A new Contract with the Middle Class. Brookings Institution. https://www.brookings.edu/essay/a-new-contract-with-the-middle-class-introduction/

Schulten, T. (2020): Der Niedriglohnsektor in der Corona-Krise. APuZ 70 (39-40), S. 16-21.

Schulten, T./ Müller, T. (2020): Kurzarbeitergeld in der Corona-Krise. Aktuelle Regelungen in Deutschland und Europa. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Policy Brief Nr. 38, April 2020, Düsseldorf.

Schulze Buschoff, K./ Emmler, H. (2021): Selbstständige in der Corona-Krise. Ergebnisse aus der HBS-Erwerbspersonenbefragung, Wellen 1 bis 5. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Policy Brief Nr.60, Düsseldorf.

Schöneck, N. M./ Mau, S./ Schupp, J. (2011): Gefühlte Unsicherheit: Deprivationsängste und Abstiegssorgen der Bevölkerung in Deutschland. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research No. 428, Berlin.

Seils, E./ Emmler, H. (2020): Leiharbeit im regionalen Vergleich. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Policy Brief, Januar 2020, Düsseldorf.

Spannagel, D./ Molitor, K. (2019): Einkommen immer ungleicher verteilt. WSI Verteilungsbericht 2019. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 53, Oktober 2019, Düsseldorf.

Statistisches Bundesamt (2021): Arbeitslose, Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen nach Geschlecht, Wiesbaden

Unger, B./ Bispinck, R./ Pusch, T./ Seils, E./ Spannagel, D. (2013): Verteilungsbericht 2013. Trendwende noch nicht erreicht. Hans-Böckler-Stiftung WSI Report Nr. 10, November 2013, Düsseldorf.

WSI-Datenzentrum (2021): Methodik und Datenzugang: Informationen des Samples, Stichprobenbeziehung und Ansprechpartner; Fragebögen + Codebooks zum Download. Juli 2021: https://www.wsi.de/de/datenzentrum-methodik-und-datenzugang-erwerbspersonenbefragung-32071.htm

Zucco, A./ Lott, Y. (2021): Stand der Gleichstellung: Ein Jahr mit Corona. Hans-Böckler-Stiftung, WSI Report Nr. 64, März 2021, Düsseldorf

GLOSSAR

Gini-Koeffizient: gibt an, wie ungleich Einkommen verteilt sind und kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. 0 steht dabei für die völlige Gleichverteilung (alle verfügen über gleich viel Einkommen), der Wert 1 für extreme Ungleichverteilung (einer besitzt alles).

Medianeinkommen: der Wert, der genau in der Mitte liegt, wenn alle Einkommen der Größe nach sortiert werden.

Palma-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Je höher der Palma-Index, desto größer die Ungleichheit. Er beschreibt das Einkommensverhältnis des obersten Dezils im Vergleich zu den untersten vier.

Realverfügbares äquivalenzgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (SOEP): Gesamteinkommen aller Haushaltsmitglieder nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben zuzüglich staatlicher und privater Transferzahlungen und der Mietersparnis durch selbstgenutzten Wohnraum – in Preisen von 2015 und für unterschiedliche Haushaltstypen standardisiert. Dabei werden die Haushaltstypen folgendermaßen gewichtet: Der Haushaltsvorstand erhält ein Gewicht von 1, jedes weitere Mitglied ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und jedes Haushaltsmitglied unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3.

Theil-Index: beschreibt die Ungleichverteilung von Einkommen. Er gibt das Verhältnis des Einkommens zur Gruppengröße an und nimmt bei Gleichverteilung den Wert 0 an.

WWW.BOECKLER.DE

IMPRESSUM

Ausgabe
WSI Report Nr. 69, November 2021
WSI Verteilungsbericht 2021

ISSN 2366-7079

Herausgeber
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-18 7

http://www.wsi.de

Pressekontakt
Rainer Jung, +49 (2 11) 77 78-15 0
rainer-jung@boeckler.de

Satz: Daniela Groß

Kontakt

Dr. Aline Zucco
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)
der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
Telefon +49 (2 11) 77 78-231

aline-zucco@boeckler.de
www.wsi.de

Dieses Werk ist lizensiert unter der
Creative Commons Lizenz CC BY 4.0 International
(https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de)